

Sächsische

Dorfzeitung und Elbgauzeitung

Amtsblatt

Gesetzgeber: Amt Dresden Nr. 21307

Telegr.-Adresse: Elbgauzeitung Bisewitz

für die Amtshauptmannschaften Dresden-Alstadt und Dresden-Neustadt, das Amtsgericht Dresden

für die Superintendentur Dresden II, das Forstamt Dresden

und für die Gemeinden: Bisewitz, Weißer Hirsch, Laubegast, Dobritz, Wachwitz, Niedervoritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weitzig, Schönfeld

Publikations-Organ und Lokalanzeiger für Loschwitz, Nöthnitz, Bühlau, die Lößnitzgemeinden, Dresden-Schlesien, -Neugrund und -Tolkewitz

Druck und Verlag: Elbgau-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Deter & Co.

Erscheint jeden Wochenstag nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag.
 Bezugspreis: durch die Post vierfach 9.— aus schließlich bestellt;
 bei Voten frei ins Haus vierfach 9.— monatlich 3.—
 bei Abholung in der Geschäftsstelle vierfach 8.40, monatlich 2.80.

Bisewitz
 Freitag, 19. März 1920.

Anzeigen-Preis: die 8 gespaltenen Grundseile oder deren Raum
 1.— Mark, im Tertie 2.50 Mark, für Tabellen- und
 schwierigen Satz 50% Aufschlag.
 Anzeigen-Annahme für die nächste Nummer bis vorm. 11 Uhr.

Frankreich und die Leipziger Mustermesse.

Unmittelbar vor dem Beginn der Leipziger Mustermesse wird von französischer Seite in Holland eine Propaganda begonnen, die beweist, wie welcher Entschlossenheit die französischen Handelskammern ihre eigenen Weisen, besonders die Lyoner Veranstaltungen, gegen die Leipziger Mustermesse auspielen. Es wird nämlich von französischen Handelspropagandisten, sowohl durch einen Teil der holländischen Presse, als auch durch direktes Herantreten an Kaufleute und Importeure darauf hingewiesen, daß die „sommerzeitlichen Beziehungen zu deutschen Firmen hente gänzlich unhalbar seien und den Holländern eher Schaden als reelle Vorteile brächten“. Die Argumente sind für die Stimmungsschwankung leicht reichhaltig. Hauptähnlich hält man die Behauptung, es wäre wied. und nutzlos, die Leipziger Messe zu bejubeln, auf die „Schwindelpolitik der Teuerungsanschläge“. Es werden den holländischen Kaufleuten, die Einladungen zur Leipziger Messe erhalten haben, andauernd von „Informationsbüros“ Mitteilungen ins Haus geschickt, in denen des Längen und Breiten zu lesen ist, daß die deutschen Firmen sich häufig hinter die „Außenhandelsstellen“ heben, um einerseits vertraglich abgeschlossene Geschäfte umzuwerfen, andererseits ungerechtfertigt und übertrieben „Blutauschläge“ herauszuholen. Um diese Mitteilungen sachlich zu begutachten, gibt man den „einwohner Interessenten“, d. h. die holländischen Kaufleute, die noch nicht die schlimmen Erfahrungen mit deutschen Firmen gemacht haben, Einsicht in Berichte der „Spiegel“. Diese „Spiegel“ häufen in ihren Berichten über die „unberührten und feigen Praktiken deutscher Firmen“ eine Überreibung auf die andere, so daß der für die Leipziger Messe sich interessierende Holländer tatsächlich den Eindruck erhält, daß da drüben eine Art Banditen-Gesellschaft haue. Man scheint nicht einmal davon auszugehen, daß sich sogar ein tonangebendes Blatt in Holland, die „Nieuwe Rotte Fleur“, in der Nummer vom 22. Februar dazu vergibt, einem ausgedrohten Vertrieb über die „feigen Scheinen“ der deutschen Handelshäuser Raum zu gewähren. Dazu wird direkt gewarnt, auf die „Einladungen“ zur Leipziger Mustermesse zu reagieren. Selbstverständlich deutet der französische Handelspropagandisten selbst Sich in Amsterdam befindet die Situation nach Kräften auf. Er schildert in den warmen Farben, wie anständig und liebvoll der holländische Kaufmann in Frankreich behandelt werde, wie zweckmäßig sich die Lyoner Messe allen Anforderungen der holländischen Kundschaft anpasse und wie der Holländer in Frankreich drangsaliert werde, in Deutschland, wo man ihn als „Blutgegel“ beschimpfe, wo man ihm täglich die Beleidigung ins Gesicht schleudere, er wolle Deutschland leer läufen. Der Kontrast zwischen der „westlichen Kultur des französischen Kaufmanns“ und der „Barbarei des deutschen Arbeiters“ wird kräftig herausgearbeitet. Zu dem kommt noch, daß die am 21. Februar eröffnete Utrechtse Jahrbörse, als Gegenstück zur holländischen Abteilung in Lyon, eine französische Abteilung erhalten hat. Auf den Erfolg dieser Sonderausstellung der französischen Industrie wird in den Kreisen des Handelskomitees „Frankreich-Holland“ (Präsident ist der ehemalige Holländische Finanzminister Treub) stark gerechnet. Der französische Export nach Holland wird auch in der nächsten Zeit einen stärkeren finanziellen Rückhalt bekommen. Wer erahnen, daß die Banque de Paris et des Pays-Bas, die jetzt eine große Niederlassung in Rotterdam organisiert, bei der Finanzierung des französischen Exportgeschäfts nach Holland eine wichtige Rolle spielen wird. Schließlich steht auch der Abschluß eines holländisch-französischen Kreditabkommen von rund dreihundert Millionen Gulden bevor. Man dürfte also nicht schließen, wenn man den anfänglich der Leipziger Messe geführten Angriff der französischen Handelspropaganda als einen wichtigen Bestandteil der allgemeinen Verbreitung sieht, daß in Anbetracht der großstiligen Pläne, weiterhin Vertrieben werden soll.

Noch immer ungeklärte politische Verhältnisse.

Wenn auch der Rücktritt der Regierung Rapp und Schäffer bekannt wurde, ist, wie schon in gestriger Nummer mitgeteilt, so ist die politische Lage doch immer noch vollständig ungeklärt. Es scheint, als wenn der Bismarck-Schäffer die Ministergeschäfte mit seinem Griff leitet, aber er kann doch nur verteidigen mit den verschiedenen Parteien, da zwischen Berlin und Stuttgart aufsehenerdig noch keine direkte Verbindung hergestellt und er ja auch nicht wissen kann, ob die Regierung Ebert-Bauer zu den Jugekündissen ihre Zustimmung gibt, welche er bereits den Parteien gemacht hat. Nach einer Berliner Meldung bewegen sich die Vereinbarungen zwischen Schäffer und den verschiedenen Parteien auf folgender Basis: Es soll ein Kabinett aus Fachministern gebildet werden, welche ohne partei-politische Rücksichten ausgewählt werden sollen und welche sich sodann auf sämtliche Parteien und die Mehrheitssozialdemokraten mit Ausnahme der Unabhängigen stützt. Die Neuwahlen erfolgen innerhalb von drei Monaten, die erste könne vielleicht auf drei Monate verlängert werden. Die Wahl des Reichspräsidenten erfolgt durch das Volk und nicht durch den Reichstag. Die Nationalversammlung tagt nur noch zur Fertigstellung des Wahlgesetzes.

Dernecker soll die Präsidentenwahl sofort im Anschluß an die Reichstagswahlen erfolgen. Die Liste des neuen Kabinetts steht noch nicht fest. So weit die Ergebnisse der Verhandlungen, welche der Bismarck-Schäffer leitete. Nun fragt es sich, wie die Regierung Ebert-Bauer sich dazu stellt, ob sie sich damit einverstanden erklärt. Tut sie dies, dann haben die Rechtsparteien entchieden einen Sieg davongetragen. Eine andere Frage ist, wie sich die Unabhängigen zu ihrer übermaligen Aufsichtnahme von der Regierung halten werden. Wir glauben nicht daran, daß sie sich so einfach zur Seite schieben lassen. Die Einigkeit zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien, welche durch den Oxfordertritt Kapp und Genossen geschaffen wurde, dürfte dann schnell wieder in die Brüche gehen. Was die Vereinbarungen selbst betrifft, so könnten Ebert-Bauer diejenigen rubig aufheben, ohne gegen ihr eigenes Parteidokument zu verstößen, da sie auf demokratischer Grundlage beruhen. Hätte die Reichsregierung schon in vorheriger Woche in der Nationalversammlung hinsichtlich der Wahl Augehörsame gemacht, hätten die Rechtsparteien ihren älteren Antrag, der Reichspräsident solle durch den Reichstag gewählt werden und nicht durch das ganz deutsche Volk, nicht wieder aus der Erwirkung hervorgeschobt, der Genestreich Kapp und Genossen hätte niemals stattgefunden, viel Unruhe wäre erwartbar geblieben und es wäre nicht zu unzähligen Blutvergängen gekommen. Einmal Schuld an all diesen Vorgängen trägt also die Reichsregierung auch. Hassen wir nun im Interesse des gesamten deutschen Volkes, das bald wieder geordnete Zustände einzutreten, damit wir wirklich mit dem Ausbau unseres Vaterlandes beginnen können.

Die Lage im Norden sieht verschiedenartig noch sehr ernst aus, besonders in Berlin, und es ist noch nicht abschließend, ob es trotz Sturz der Regierung Kapp nicht dennoch zu neuen blutigen Kampfen kommt. Dies scheint auch Ebert und Bauer einzusehen, denn sie erlassen nachstehenden Aufruf: Kapp und Lüttwitz sind zurückgetreten. Das Abenteuer in Berlin ist beendet. Der ganzen Welt ist im Komos vorne der Tag, der unwiderlegliche Beweis geführt worden, daß die Demokratie in der deutschen Republik kein Schein und keine Täuschung ist, sondern die alleinige Macht, die auch mit dem Verlust der Militärdiktatur im Handumdrehen fertig zu werden versteht. Das Abenteuer ist zu Ende. Der vergleichsweise unterbrochene Wiederaufbau von Volk und Wirtschaft muß wieder aufgenommen und zum Erfolg geführt werden. Dazu ist es vor allem nötig, daß die Arbeiterklasse ihre starke Waffe, den Generalstreik, niedergelegt. In zahlreichen Städten ist die Arbeit bereits wieder aufgenommen. Nur gilt es, alle Teile der Wirtschaft wieder in Gang zu setzen, zu allererst die Kohlenförderung, ohne die es überhaupt kein Wirtschaftsleben gibt. Arbeiter, leid jetzt eben tägig und willstätig zur Stelle wie bei der Abwehr der Aufrührer. Arbeitnehmer an die Arbeit! Die Reichsregierung wird mit aller Kraft die Aufnahmen des Wiederaufbaus fördern, die Hochverräter, die auch zum Generalstreik gezwungen haben, der strengen Bestrafung zu führen und dafür sorgen, daß nie wieder die Soldaten in das Geschick des deutschen Volkes eingreifen kann. Den Sieg haben wir gemeinsam errungen. Jetzt wählt eure Bevölkerung, die euch die Mithilfe am Erzeugungsprozeß sichern, und hoffst in der neuen Wirtschaftsdemokratie mit uns gemeinsame Arbeit.“

Bismarck-Schäffer erläutert nachstehenden Aufruf an das deutsche Volk: Der Aufstand ist außerordentlich ausgebrochen. Der verfassungsmäßige Zustand ist wiederhergestellt. Bedingungslos hat Herr Kapp das von ihm neu angekündigte Amt des Reichskanzlers ausgetragen. Die Reichsregierung ist im vollen Besitz ihrer vom Volk bestimmten Rechte. Die Führung des Truppen ist dem General v. Seeckt übertragen worden. Einmütig und unterschüchterliche Entschlossenheit des deutschen Volkes haben vermocht, die ungeheure Schändigung des politischen und des Wirtschaftslebens in wenigen Tagen wieder auszuhallen. Allen Schichten der Bevölkerung, die in der Verteidigung der Demokratie treu zusammengehalten und dadurch die rasche Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Zustandes ermöglicht haben, spricht die Reichsregierung ihren Dank aus. Der dem deutschen Volk außen wie innen zugestellte Schaden ist unabkömmbar. Das Wirtschaftsleben ist schwer erschüttert. Um seinen vollkommenen Zusammenbruch und damit den der Volksgesamtheit zu verhüten, rast die vom Volkswillen geschaffene und getragene Reichsregierung das gesamte deutsche Volk zur Wiederaufnahme der Arbeit auf.“

Interessant ist, wie Hindenburg über die Lage denkt. WTB verbreitet unter dem gestrigen Datum aus Hannover nachstehendes Telegramm: „Heute vormittag nach seiner Ansicht über die Lage bestellt, äußerte sich Generalfeldmarschall v. Hindenburg dem Verleiher des WTB, gegenüber wie folgt: zwei verschiedene Regierungen sind in einem geregelten Staatswesen unmöglich. Eine Einigung zwischen beiden ist für die Sicherheit des Vaterlandes unabdinglich erforderlich. Die Truppe ist verpflichtet, die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Ich hoffe daher als alter Soldat ich, daß das Offizierkorps und die Mannschaften sich für die Erfüllung dieser ersten Pflicht freit von allen Nebengedanken und jedem Parteiliebe vertrauensvoll geschlossen hinter ihre Führer stellen. Einigkeit in Volk und Heer sind unerlässlich für unser Fortbestehen.“

Erfreulicherweise ist der Eisenbahner- und Poststreik aufgehoben. Man meidet dazu aus Berlin vom gestrigen Tage folgendes: Die Generalstreileitung erläutert folgende Aufforderung: An alle Eisenbahner! Der Generalstreik der Eisenbahner hat vollem Erfolg gebracht. Er wird deshalb mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Die Generalstreileitung

Ebenso ist der Poststreik durch Beschluss der Vertrauensleute vom Donnerstag früh ab aufgehoben.

Wie schon angekündigt, liegt der Kernpunkt der Unruhen jetzt wieder in Berlin, doch kann man noch nicht klar sehen, ob die Verbindungen mit der Reichshauptstadt leider noch nicht vollständig funktionieren. Vom gestrigen Tage lag ein Berlin in folgendes Telephonmaterial vor: Nach zuverlässigen Mitteilungen, die den zuständigen Zielen zugeschlagen sind, ist damit zu rechnen, daß heute abend mit den Vorhören der kommunistischen Richter in Groß-Berlin begonnen wird. Die kommunistische Partei besitzt eine jungen Reapirtruppe, die bewaffnet ist und die aus der ehemaligen Division des Roten Soldatenbundes hervorgegangen ist. Man rechnet damit, daß die damalige Hauptstiftung auf die öffentlichen Gebäude und den Westen Berlins gerichtet ist. Die Bewaffnung läuft von Spandau aus ihren Ausgang nehmen. Alle in Berlin kommenden Gebäude Berlins haben einen verstärkten Zaun erhalten. Die Reichswehr bleibt vorläufig in Berlin und wird hier mit Sicherheitspolizei zusammen für die Aufrechterhaltung der Ordnung sorgen. Der Oberbefehl über die Truppen ist auf General v. Seeckt übergegangen. Am heutigen Nachmittag war die Aufführung Roskys in Berlin angekündigt. Die Lage in Berlin ist außerordentlich ernst. Die Kommunisten und Spartakisten halten den Zeitpunkt für gekommen, sich der Herrschaft zu bemächtigen. Für die kommenden Nächte wird auf Massenangriffe gerechnet. An die kommunistischen Arbeiter sind Waffen verteilt worden. Schon in der vergangenen Nacht war ein bolschewistischer Putsch erwartet worden. Es ging das Gerücht, in Spandau seien 60 Spartakisten erschossen worden. In einer nachts stattfindenden Versammlung von Unabhängigen, Kommunisten und Spartakisten — es sollen auch Wehrbeitssozialisten teilgenommen haben — wurde eine Mutterrede aufgeführt, mit Taurig an der Spitze. Die meisten übrigen Namen sind der großen Öffentlichkeit nicht bekannt. Als Justizminister war der Adv. Dr. Cohn aussersehen. Von anderer Seite wird mitgeteilt, die Einigungsverhandlungen zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien hätten zu einem Ergebnis noch nicht geführt. Die Generalkommission der Gewerkschaften verlangt den Rücktritt Roskys, die Verwertung jeder Verhandlung mit der Kapp-Regierung und sofortige Bekanntmachung der Rebellen. Strukture sprechen von Jetzingerungsscheinungen unter den Truppen. Zwei Truppenteile, ein sächsisches und ein bayerisches, hätten entwaffnet werden müssen. Von militärischer Seite wird erklärt, daß nur einige Männer hätten entwaffnet werden müssen, und daß die Vorgänge ohne besondere Bedeutung seien. Die Sicherheitspolizei erfüllt ihre Aufgabe nach wie vor in der Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung. Am heutigen Mittwoch sollten Angriffe auf das Friedensbogenwerk verübt werden, doch konnte der Angriff vereitelt werden. Aus Gründen der Sicherheit sind die Bevölkerungen der Humboldt-, Andreas-, Frankfurter- und Ostwache, die mit je 20 Mann belegt waren, zurückgezogen und die Mannschaften in die Käferne der Sicherheitspolizei gebracht worden. Am Hohenzollern-Tor ist es wie zum ersten Schlaget gekommen, bei dem ein Zivilist verwundet wurde.

Am Laufe des Nachmittags tauchte das Gerücht auf, daß bewaffnete Kommunisten sich in den Vororten versammeln, welche die öffentlichen Gebäude in Berlin stürmen und besiegen wollten. Am Abend war die ganze Stadt wie seit Tagen in tiefes Dunkel gehüllt.

Außerdem liegen aus dem Reiche noch nachstehende Telegramme vor:

Pirna, 17. März. Hier herrscht vollständige Ruhe. Die Stadtzüge werden nicht von bewaffneten Arbeitern bewacht und das Postamt ist nicht mehr besetzt.

Bautzen, 17. März. Der für Dienstag geplante Generalstreik in der Oberlausitz ist nicht zur Durchführung gekommen. Bedingungslos hat Herr Kapp das von ihm neu angekündigte Amt des Reichskanzlers ausgetragen. Die Reichsregierung ist im vollen Besitz ihrer vom Volk bestimmten Rechte. Die Führung des Truppen ist dem General v. Seeckt übertragen worden. Einmütig und unterschüchterliche Entschlossenheit des deutschen Volkes haben vermocht, die ungeheure Schändigung des politischen und des Wirtschaftslebens in wenigen Tagen wieder auszuhallen. Allen Schichten der Bevölkerung, die in der Verteidigung der Demokratie treu zusammengehalten und dadurch die rasche Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Zustandes ermöglicht haben, spricht die Reichsregierung ihren Dank aus. Der dem deutschen Volk außen wie innen zugestellte Schaden ist unabkömmbar. Das Wirtschaftsleben ist schwer erschüttert. Um seinen vollkommenen Zusammenbruch und damit den der Volksgesamtheit zu verhindern, rast die vom Volkswillen geschaffene und getragene Reichsregierung das gesamte deutsche Volk zur Wiederaufnahme der Arbeit auf.“

Freiberg, 17. März. Im Freiburger berichtet Generalstreik. Das Erscheinen des „Freiberger Anzeigers“ ist mit Gewaltandrohung verhindert worden.

Leipzig, 17. März. Seit 3 Uhr nachmittags hat der Kampf der Arbeiterklasse gegen die Feindstreitwilligen begonnen. In vielen Stellen der Stadt wird geschossen. Die Agentur des B. T. B. befindet sich im Zentrum einer wütenden Schieberei, so daß kein Beamter das Gebäude verlassen kann. Wie verlautet, sollen Reichswehrtruppen von Taucha aus im Anmarsch sein.

Leipzig, 17. März. (7 Uhr abends.) Die Straßenkämpfe dauern fort, namentlich in der inneren Stadt, ganz besonders im Johannapark und am Johannaplatz. Regierungstruppen sind im Anmarsch. Die Leipziger Neuesten Nachrichten melden um 5 Uhr den Betrieb stillgelegt.

Leipzig, 17. März. In Schleußig kam es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen bewaffneten Arbeitern und Truppen des Landesschützenkorps aus Merseburg. Der Kampf dauerte mehrere Stunden. Die Verluste der Arbeiter betrugen 8 Tote und mehrere Verwundete, die der Truppen 2 Tote und 2 Verwundete.

Leipzig. 17. März. Die bewaffnete Arbeiterschaft rückte im Laufe des Tages nach dem Stadtinneren vor, das von Feuerwehrmännern verteidigt wird. In allen Zugangsstufen ist seit 4 Uhr nachmittags ein lebhaftes Feuergefecht im Gange. Die Straßenkämpfe dauerten mit geringen Unterbrechungen bis in die späten Nachstunden an. Die Arbeiter sind bis in das Stadtinnere vorgedrungen. Der Bayerische Bahnhof ist in ihrer Hand. Seit Mitternacht herrscht verhältnismäßige Ruhe. Es finden zurzeit Verhandlungen unter Teilnahme des Wirtschaftsministers Schwarz statt, über deren Ausgang noch nichts bekannt ist. Die Zeitungen sind heute früh nicht erschienen. In Plauen haben die Unruhen 7 Tote und 15 Verwundete gefordert. Der Generalstreik ist dort beendet. Hollenstein befindet sich in der Hand der Kommunisten. Aus Reichenbach, Mylau, Reichenau und anderen Orten des Vogtlandes werden Unruhen gemeldet.

Chebniy. 17. März. Der Generalstreik geht weiter. Alle Läden sind geschlossen, mit Ausnahme der Lebensmittelgeschäfte. In der Stadt ist unter der Herrschaft der Arbeiterschaft vollkommen Ruhe und Ordnung, kein Schuh ist bisher gefallen. Nachmittags war auf dem Königplatz eine gewaltige Demonstration der Arbeiter. Der über 6000 Menschen fassende Königplatz war überfüllt. Heute, Donnerstag, traten in Chemnitz sämtliche Arbeiterräte Sachsen zusammen.

Burgstädt. 17. März. Hier ist ein Aktionsausschuss gebildet worden, ebenso eine Arbeiterwehr. Die Männer sind aufgerufen worden, nicht mehr als das Tagesquantum auf Ausweis abzugeben.

Berlin. 17. März. Zwischen führenden Mitgliedern der Mehrheitspartei der Deutschen Nationalen und der Deutschen Volkspartei besteht Übereinstimmung über folgende Punkte: 1. Die Wahlen zum Reichstag sollen spätestens im Juni d. J. stattfinden. 2. Die Wahl des Reichspräsidenten erfolgt nach Abgabe der Reichsverfassung durch das Volk. 3. Eine einseitige Umbildung der Reichsregierung wird für erforderlich gehalten.

Braunschweig. 17. März. Bei Zusammenstoßen mit der Sicherheitswehr heute nachmittag gab es Tote und Verletzte auf Seiten der Menge.

Stuttgart. 17. März. Auf eine Anfrage des Reichsministers des Innern vom 15. März bei dem Oberpräsidenten über die Lage in Schlesien ist beim Reichsministerium folgendes Telegramm aus Breslau eingegangen: An den ehemaligen Reichsminister des Innern! Breslau und Schlesien sind rechts in der Hand der Rappelten. Anfragen, wie die vom 15. März, sind daher zwecklos. Der Oberpräsident.

Der Reichsminister des Innern hat den Oberreichsanwalt in Leipzig telegraphisch ermahnt, gegen den Oberpräsidenten von Schlesien das Verfahren wegen Hochverrats einzuleiten.

Stuttgart. 17. März. Reichsminister Giesbertz ist hier eingetroffen.

Hannover. 18. März. Auf Grund der Mitteilung Roskes an General Freiherrn von Waller, daß die alte Neuerung des unehrenhaften Aufrufs zum Generalstreik nicht gegeben habe, ihn vielmehr rückgängig zu machen wünsche, sprach der vierte Militärchef Generalleutnant v. Hülsen die Hoffnung aus, daß auch im bietigen Gebiet der dauerliche Streik ein Ende finden werde.

Dortmund. 17. März. Heute morgen kam es hier zu schweren Kämpfen zwischen in der Nacht angekommenen Truppen der Reichswehr, Bürgerwehr und Sicherheitswehr einerseits und der bewaffneten Arbeiter andererseits. Nachdem die Arbeiter großen Zuspruch bewilligt haben, überwältigten sie gegen mittags die Reichswehr und entwaffneten diese sowie die Bürgerwehr, die Sicherheitswehr und die Polizei und ließen sich in den Hafen der Stadt. Es hat auf beiden Seiten viele Tote und Verwundete gegeben, deren Zahl noch nicht festgestellt ist. Zu Blünderungen ist es nirgends gekommen. Auerhändig ist es in der ganzen Stadt ruhig. Bewaffnete Arbeitertrupps durchziehen die Straßen.

Wostock. 17. März. Die Kaserne ist von den Truppen geräumt worden und befindet sich in den Händen der Arbeiter.

Aus dem Auslande wird zu den Vorfällen in Deutschland folgendes gemeldet:

Paris. 17. März. Zu den Vorfällen in Deutschland meint der "Gaulois", es sei doch besser, sich einem Deutschland gegenüber zu beenden, das nicht versteht, sich zu masieren, wie es seit einem Jahr geschieht. Jetzt seien keine Illusionen mehr möglich. Die Moske sei gefallen. Es gebe nur ein Geschäft, und dieses Gesicht sei Frankreich bekannt. — Gustave Hervé liegt in der "Victoire": Die Volksabstimmung in Deutschland bedeutet das Kaiserreich. — Das linkssozialistische "Journal du Peuple" ist der Ansicht, daß Frankreich der deut-

lichen Demokratie starke Hilfe leisten möge, um ein Regime einzuführen, das mit seinen Interessen, seinen Aspirationen und seiner Seele im Einklang steht. Wenn die innere Anarchie in Deutschland, namentlich in finanzieller Hinsicht dauernde Schwierigkeiten befürchten läßt, könne die ausgedehnte Bevölkerung vervollständigt werden durch die Verwaltung der Länder zu Gunsten der Gläubiger. Dieses Land würde geholt durch ein sehr einfaches Vorhaben, durch sofortige Erhebung einer Annuität, die zwar geringer sei, als das Antrecht der Alliierten, aber man würde dadurch auf alle Fälle Kosten bekommen. Die aktiven Regierungen müßten sofort in Paris Aktion mit einander nehmen, wie im vorigen Jahre, und klar sprechen. Ganz Frankreich werde, um diese These zu unterstützen, hinter seiner Regierung stehen.

London. 17. März. Der "Observer" erklärt, es sei außer Zweifel, daß für die Alliierten nur die verfassungsmäßige Regierung in Stuttgart verhandlungsfähig sei. Nach der Befreiung des militärischen Pauschal in Berlin, der eine Gefahr für Europa bedeute, sollten die Alliierten der verfassungsmäßigen Regierung hinsichtlich des Friedensvertrages zunächst entgegenkommen, um sie in den Stand zu setzen, ähnlichen Zwischenfällen in Zukunft vorzubeugen.

Nach Schluss der Redaktion trafen heute mittag nachstehende Telegramme ein:

Berlin. 18. März. Der Stellvertreter des Reichskanzlers, Reichsminister Schäfer, teilt mit, daß alle von Rapp und General v. Lüttwitz getroffene Anordnungen ungesehlich sind und der Reichsverfassung entgehen.

Berlin. 18. März. Reichsjustizminister Schäfer, preußischer Finanzminister Dr. Südekum und Postpräsident Ernst erlassen folgende amtliche Bekanntmachung: Rapp und Lüttwitz sind bedingungslos zurückgetreten. General von Seecat hat im Auftrage der verfassungsmäßigen Regierung den Oberbefehl übernommen. Die Rückkehr der Reichsregierung steht bevor. Bis dahin führt der Befehlshaber die Geschäfte der Reichsregierung.

Stuttgart. 18. März. Die Reichsregierung erläßt einen Aufruf an das deutsche Volk, in dem sie mitteilt, daß Rapp und Lüttwitz bedingungslos zurückgetreten sind. Vor dem ganzen Welt sei damit bewiesen, daß die Demokratie in der neuen Republik keine Täuschung sei. Es müsse der verdeckterlich unterbrochene Wiederaufbau von Volk und Wirtschaft wieder aufgenommen werden. Dazu sei notwendig, daß die Arbeitschaft ihre harte Waffe des Generalstreiks niedersetze. Ledermann solle an die Arbeit geben. Die Regierung werde die Aufgaben des Wiederaufbaus fördern, die Hochverräte der strengsten Verurteilung aufzuführen und daraus lehren, daß nie wieder eine Soldateska in das Gericht des deutschen Volkes eindringt.

Stuttgart. 18. März. Die württembergische Regierung hat die Verlangen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die Entwaffnung der Reichswehr und der Einwohnerwehr und die Bewaffnung der Arbeiter abgelehnt. Die Reichswehr unterteilt als Organ des Reichsministers der Württembergischen Regierung. Die Einwohnerwehr hängt auf dem Boden der Verfassung. In einer Aenderung dieser Wehr und zu einer einheitlichen Bewaffnung könne die Regierung nicht die Hand binden.

Stuttgart. 18. März. In Berlin wird die Meldung verbreitet, daß Rapp im Interesse des inneren Friedens zurückgetreten sei. Lüttwitz auf seinen Antrag vom Reichspräsidenten keinen Abschluß erhalten habe und die Führer der Mehrheitspartei mit der Volkspartei und der Deutschen Nationalen Partei über drei Punkte, die die Annahme von Neuwahlen im Juni, die Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk und die Umbildung des Kabinetts bestreiten, verhandeln. Diese Meldung ist unrichtig. Die Führer der Mehrheitspartei, die sich fast annahmslos in Stuttgart aufgehalten haben, wie die Reichsregierung mit aller Entschiedenheit auf dem Standpunkte, daß von einer Einigung irgendwelcher Art mit den Staatsstreichern keine Rede sein kann. Dieser Standpunkt der Reichsregierung ist in den letzten Tagen wiederholt den Staatsstreichern in Berlin, den zurückhaltenden Regierungsmöglichkeiten und der Lessinglichkeit bekanntgemacht worden. Als entgegengestellten Meldungen sind Lüge zu dem Zwecke, den völligen Zusammenbruch des verdeckterlich Unternehmens zu verschleieren. Insbesondere hat die Reichsregierung es immer abgelehnt, unter dem Druck der Meuterer irgendeine Erklärung abzugeben oder eine Entschließung zu fassen.

Frankfurt. 18. März. Die Frankf. Rtg. meldet aus Leipzig, daß die Reichsregierung beim Oberreichsanwalt in Weimar die Strafverfolgung gegen folgende Führer der Verdeckterlich Meuterer beantragt hat: Generallandwirtschaftsdirektor Rapp, General v. Lüttwitz, Regierungspräsident v. Jagow, Admiral v. Trotha, Hauptmann Pabst, Rechtsanwalt Beder, Oberst a. Dr. Bauer und Hauptmann Ehrhardt.

Bewegung lag eine Welt stolzer Abwehr gegen eine ähneliche Vorauslegung für seine eigene Person.

"Was mich anbelangt, so erkläre ich Dir, daß ich niemals auch nur die geringsten Ansprüche an Herberts Ehre erheben werde und bin im Vorans überzeugt, auch die Schwester stimmt mir bei, nicht mehr, ja?"

Das junge Mädchen, das, halb verborgen von der schweren Feuerdraperie, über irgend eine Stuhcerre gebeugt im Ecke saß und an der Unterhaltung von Vater und Sohn bis jetzt nicht den geringsten Anteil genommen hatte, nickte, ohne ihre Beschäftigung zu unterbrechen.

"Geiwi, Ulrich," erwiderte sie lakonisch.

"Da hörtst Du es, Vater! Ja und ich wünschen uns nicht mit fremdem Gut zu bereichern, und was Dich anbelangt —"

"So werde ich mich natürlich Eurem Übergewicht beugen müssen, willst Du gewiß sagen, mein Lieber!" lächelte der ältere Blaue sachlich und streichelte sehr nervös seinen wohlgepflegten grauen Bart.

"Es ist nur gut, daß man Euch beide für erste durchaus nicht um Eure Meinung in dieser Angelegenheit fragen wird. Der Sohn bin ich, erst nach meinem Tode habt Ihr ein Wort in der ganzen Sache mitzureden. Tote haben keine Bedürfnisse. Es wäre der reine Wahn, wollte ich nach Euren überspannten Ansichten handeln!

Glaubt Ihr etwa, mein Bruder schlägt seinen Sohn als Bettler in die Welt, wenn er ihm einen Teil des ungeheuren Vermögens nimmt? Ihr könnt Euer übertriebenes Ehrgefühl beruhigen. Herbert bleibt noch immer reich genug. Auch ohne den auf mich fallenden Teil seines Besitzes wird er sein sorgenloses Herrenleben weiter führen können. Was gibt's, Johann?"

unterbrach er in etwas ungeduldigem Tone seine lebhafte Auseinandersetzung und wandte sich an den lautlos eingetretenen Diener, der ihm eine Blütenkarte überreichte.

"Ulrich von Höhnen! las er etwas erstaunt. "Führen Sie den Herrn ins Empfangszimmer, ich —"

"Aber ich bitte Dich, Nicolo, wogu die Umständlichkeiten?" unterbrach eine feste Stimme die Anordnung des Hausherrn, und hinter der breitschultrigen Gestalt des Kammerdiens lobte sich geräuschlos eine andere heroor, um mit ausgestreckten Händen auf Blaue zuzutun. "Einem alten Jugendfreund, wie mir, ist es jedenfalls gestattet, sanft in Deinen Familienkreis hineinzuschneien, und da

Hamburg. 18. März. Wie das "Hamb. Echo" aus Kiel drohtlos erfahren, ist gestern abend die Militärrherrschaft des Admirals v. Pechow zusammengebrochen. In Kiel ist ein Aktionsausschuß aus den drei verfassungskreisen Parteien zusammgetreten und die Militärgewalt dem Demokraten Horowitz, die Zivilgewalt dem Sozialdemokraten Garbe vorläufig übertragen worden.

Breslau. 18. März. Der "Schles. Rtg." aufzeigt, es gelte in allen lebenswichtigen Parteien die Arbeit wieder aufgenommen worden.

Politische Nachrichten.

Die Sitzung der Nationalversammlung ist auf Sonntag nachmittag 4 Uhr verschieben worden. Man glaubt, für heute ein beschlußfähiges Haus zusammenzukommen.

Holland und der ehemalige Deutsche Kaiser. Haarlem, 17. März. In der niederländischen Zweiten Kammer teilte der Minister Huis unter Hinweis auf das Schreiben der niederländischen Regierung an die Vorsitzenden der Grünen und Roten Kammer mit, daß der ehemalige Kaiser der Niederlande die Befreiung gegeben habe, er würde jedoch jeder politischen Aktion enthalten und die Niederlande nicht in politische Schwierigkeiten bringen. Seit November 1918 habe die Polizei in dem Fälle von Utrecht, der jetzt den vorwurfmögl. Kaiser als Aufenthaltsort angesehen sei, und aus Berlin einen besonderen Auftrag zur Überwachung. Es werde erwogen, ob man den ehemaligen Monarchen nicht aus einem Aufenthaltsort ausschließen solle, ebenso wie dies durch königlichen Beschluss mit Bezug auf den Aufenthalt des vormaligen Deutschen Kaisers getan geschehen ist.

Sächsische Nachrichten

Mitteilungen aus unserem Sektorkreise über örtliche Vorkommnisse sind uns stets willkommen und werden hervorheben.

Keine Auflösung der Einwohnerwehr. Ten. Die Nachrichten der Staatsanwaltschaft gibt bekannt: Auf dem Lande ist vielfach die Ansicht verbreitet worden, daß die Regierung die Auflösung der Einwohnerwehr verfügt und bestimmt habe, die Waffen an die örtlichen Arbeitertritte oder Aktionsausschüsse abzugeben. Das Gericht hat dazu geführt, daß sich Truppen unverantwortlicher Personen auf diese Weise bewaffnet haben und dazu übergegangen sind, teils unter der Augabe, sie handelten im Auftrage der Regierung, teils unter Anwendung von Gewalt, sich in den Besitz der Waffenbewohner der Einwohnerwehr zu setzen. Eine solche Anweisung der Regierung ist selbstverständlich nicht erlangt. Das Vorgehen dieser Personen ist deshalb ungesetzlich und ihren Anweisungen ist keine Rolle zu leisten.

Frauendanktag. Wie uns der Landesarbeitsausschuß für den Frauendanktag an Gunsten der Kriegsbeschädigten mittelt, sind die Bereitstellungsarbeiten für die Landessammelung nunmehr in der Hauptfläche beendet. Der Arbeitsausschuß hat beschlossen, sich durch die veränderte äußere Lage nicht beeinflussen zu lassen. Er sieht die Bereitstellungen fort, lädt die Haus- und Straßenammlung am 20. März stattfinden und hofft auf gebestrebige Unterstützung von Seiten des Publikums.

Mindestpreise für Getreide und Kartoffeln. Berlin. Das Reichswirtschaftsministerium, das seine Gehöfte im Sinne der Regierung Ebert-Bauer weiterführt, veröffentlicht folgende Bekanntmachung: Wie bereits fürzlich durch die Tagesschriften amtlich in Aussicht gestellt worden ist, hat nunmehr durch die Verordnung über die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus der Ernte 1920 vom 18. März 1920 für Weizen, Roggen, Gerste, Hafer und Kartoffeln aus der Ernte 1920, die auf Grund gleichlicher Vorordnungen abzulegen sind, folgende Mindestpreise festgesetzt worden: Für die Tonnen Weizen 1100 Pf., für die Tonne Roggen, Gerste oder Hafer 1000 Pf., für die Tonne Kartoffeln 500 Pf. Die Preisfeststellung ist nicht endgültig. Vielmehr soll bis zum Beginn der Ernte geprüft werden, wieviel bis dahin die Erzeugungsosten die Landwirtschaft weiter steigen. Dieser Nachstellung wird dann die endgültige Feststellung der entsprechend höchsten Preise zugrunde gelegt werden. Um feste Aufschlagspunkte für die Prüfung des Anwohnenden Erzeugungsosten zu gewinnen, sollen sogenannte Indikatoren aufgestellt werden, über deren Anwendung zu gegebener Zeit noch Näheres bekanntgegeben wird.

Zusammenbruch in der sächsischen Schuhindustrie. In Dresden befindet sich die Zweigstelle der sächsischen Schuhindustrie. Die in Sachsen befindenden Zweigwerke der Schuhindustrie der Deutschen, Mitteldeutschen, Erzgebirgs-, Görlitz-Poln.-Berg. usw. sind, ebenso wie die Schuhfabriken in Sachsen, in einer Verhandlung mit dem Verband der sächsischen Schuhfabrikanten mit dem Verband der sächsischen Schuhfabrikanten zusammengekommen. Dieser Vertrag ist in Dresden zusammengekommen.

"So viele Jahre, Nicolo!" stammelte er dabei in zunehmender Rührung. "So viele Jahre! Wir sind darüber oft geworden; aber die Herzen schwingen noch immer in gleicher Freundschaft, nicht wahr, alter Kamerad und Waffenbruder? Stelle mich Deiner lieben Familie vor, ich braune vor Begier, ihre Bekanntschaft zu machen! Dein Sohn, wie ich vermute! — von Höhnen! Baron Alfred von Höhnen, junger Freund, ein alter Kamerad Ihres verehrten Vaters. Gehalten Sie mir, Ihnen die Hand zu drücken!"

Ohne auch nur eine Antwort des Hausherrn abzuwarten, hatte er sich Ulrich geschnitten, der von seinem Schuhgeschäft aus die kleine Szene mit spöttischer Gleichgültigkeit beobachtet und sich nun langsam aus seiner nachlässigen Stellung erhob, um zwei Fingergriffen in die ausgebreitete Hand des unvermarrten Freindes zu legen.

"Ulrich von Blaue! Sehr geehrt, Ihre Bekanntschaft zu machen!"

"Was auf meiner Seite, junger Freind!" erwiderte Höhnen lebhaft und ergreift mit beiden Händen die schmale Rechte des Offiziers. "Ah, Nicolo, Sie wie aus den Augen geschauten. So habt Ihr aus, in jener unvergänglichen Zeit, da wir beide noch den Rock unseres großen Kaisers tragen durften!"

"Sie können sich gar nicht vorstellen, junger Freind, wie viele Erinnerungen diese goldgeplättete Uniform in mir weckt. Ihr lieber Vater und ich dienten in demselben Regiment und waren ungemeinliche Freunde. Götter und Gott naunten uns die Kameraden. Nicht wahr, Nicolo? — Deine Tochter, wie ich vermute! — Mein Fräulein, Sie iehen mich entzückt über so viel Schönheit und Anmut, mit denen Natur Sie begaht!"

Um den Besitz.

Roman von Nina Meyte. 16

"Meine Sorge, mein Sohn!" lächelte der ältere Blaue mit unterschärlicher Überzeugung. "Ich glaube, Deinen Better zu kennen, und anderweitig — man spricht Verschuldetes in der Stadt, unter anderem auch von einem Verhältnis, das ihm das Schlechteste einer Ehe nicht leicht machen dürfte, um so mehr, als sein Herz stark bei der ganzen Affäre beteiligt zu sein scheint!"

"Das kann Verleumdung oder ein ganz gewöhnlicher Klatsch sein. Wer wollte auf das, was die Menschen reden, so ohne weiteres Gewicht legen? Von Dir wundert es mich doppelt, Vater!"

"So? Wirklich? Die Zukunft wird es lehren, daß ich trotzdem im Recht bin und auf das Erbe meines Bruders schwach bin? Ich glaube, mein Sohn ist ein lebhaftes Kind, das nicht traumt, falls jemals kommen sollte. Unter Vermögen ist so gut, wie aufgebracht, der Rest reicht gewiß noch für die Zeit, da wir uns ungleich reicherer Quellen schaffen können, und —"

Graf Nicolas konnte seine stolzen Zukunftspläne nicht weiter entfalten, sondern mußte mittleren im Sohe abbrechen, denn sein Sohn hatte sich plötzlich erhoben und vertrat ihn ganz unerwartet den Weg.

"Sage mir, Papa, ist alles das, was ich eben von Dir höre, wirklich wahr?"

Ohne jede Spur von Leidenschaftlichkeit warf der junge Offizier diese Frage auf.

"Was meinst Du, Ulrich?"

"Für alle Dinge, ob es Die ernst damit ist, auf Heriberts Vermögen Anspruch zu erheben, falls jener sich bis zu der im Testamente festgesetzten Frist nicht verheiraten haben sollte?"

Der alte Herr botte sich von seinem Stauen erholt und seine neuapteute Selbstbeherrschung wiedergelunden.</

Bewendung der Häuteerlöse.

Auf Grund von § 5 der Verordnung über die Bewertung des Fleischfleisches aus den Häuten von Schafswiech und Schlagschlachten vom 26. November 1919 (RGBl. S. 1608) wird mit Genehmigung des Reichswirtschaftsministeriums bestimmt, daß die nach § 2 der Verordnung von der Reichsfleischstelle lebender Gewicht als Mindestlänge festgelegten Häuteerlöse statt in Höhe von sechs Zehnteln den Tierhaltern in Höhe von zehn Zehnteln gewährt werden.

Diese Bekanntmachung tritt mit dem 18. März 1920 in Kraft.

Vom 15. März bis 18. April 1920 betragen nach Feststellung der Reichsfleischstelle vom 9. März 1920 die Häuteerlöse, die den Tierhaltern mindestens zu bezahlen sind, für den Rentner Lebendgewicht:

für Kinder, ausgenommen Kälber	90,— M.
für Kälber	214,20 „
für Schafe mit vollwolligen, halbwolligen und kurzwolligen Hälften	128,— „
für Schafe mit Wölkern	121,80 „
für Pferde einheitlich Röhlen, Esel, Maultiere und Maulzügel	62,40 „

Danach hat der in Sachen auf Grund vorstehender Anordnung den Tierhaltern zu bezahlende Häuteerlöslog je Rentner Lebendgewicht zu betragen:

für Kinder, ausgenommen Kälber	150,— M.
für Kälber	357,— „
für Schafe mit vollwolligen, halbwolligen und kurzwolligen Hälften	230,— „
für Schafe mit Wölkern	203,— „
für Pferde einheitlich Röhlen, Esel, Maultiere und Maulzügel	104,— „

Dresden, am 10. März 1920.
Wirtschaftsministerium, 542 VLA III
Landeslebensmittelamt.

Fleischversorgung im Bezirke der Amtshauptmannschaft Dresden - Neustadt einschließlich der Stadt Radeberg.

Für die Woche vom 15. bis 21. März 1920 erhalten auf die Reichsfleischkarten Reihe "A"

Personen über 6 Jahre auf die Reichsfleischmarken 1-10 150 Gramm Corned beef oder Büchsenfleisch oder Wurst.

Personen bis zu 6 Jahren auf die Reichsfleischmarken 1-5 75 Gramm Corned beef oder Büchsenfleisch oder Wurst.

Ein Anspruch auf Zuteilung einer bestimmten Sorte besteht nicht. Gefäße zur Abholung sind mitzubringen.

Der Preis beträgt:
für das Pfund ausgewogen, Ware:
bei Corned beef 6,50 M.,
bei Büchsenfleisch 6,25 M.,
bei Büchsenblutwurst 4,18 M.,
bei Büchsenleberwurst 4,85 M.

Aufruf! Frauendanktag

für unsere Kriegsbeschädigten am 20. März 1920.

Es gilt, den Frontkämpfern Dank abzustatten. Die Sachsen-Frauen und -Mädchen wollen ihr angefangenes Liebeswerk:

Förderung des Kriegerstreuungswesens
Mietunterstützungen // Erhaltung der Kriegerhelme // Möbelfürsorge
fortsetzen neben der amtlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge und dem Heimatdank.

Tragt alle freudig bei!
Alle Frauendankvereine, Banken u. Bankgeschäfte, Staats- u. Gemeindekassen, sowie Zeitungen nehmen Spenden entgegen.

Landw. Casino für Weißig und Umgegend.

Sonnabend, den 20. März 1920 abends 7 Uhr

im Gasthof zu Weißig

Casino-Ball

Um zahlreichen Besuch bittet Der Vorstand.

Alt-Oberbayerische Gebirgschänke

Kaiserkasten Stadt Wien

Kontur 12988 Spezial-Ausschank Heute 12906
zu Wien der ersten Alpenbauer Ullrich Exportier Brauerei
ff. Klage Täglich Schrammel-Konzert ff. Wein
Schönwertsches Hotel Fremdenzimmer Alteklamme Dekoration
Verden, an der Friedreich August-Büste. Inh. Heinrich Schönwerts



Teufelsdièle Kleinkunstbühne

Kurort Weißer Hirsch bei Dresden,
Bautzner Str. 9. Dir. Nommel & Jüchtzler
Fernsprecher Loschwitz 991

Das große

März-Programm

Paul O. Montis, Conferencier und Chansonnier

Senta Irving, Sprecherin

Sylvia und Raimond, modernes Tanzpaar

Beatrice Ladoff, jugendl. Tanz-Vortragkünstlerin

Grete Land, Vortragskünstlerin

Gastspiel: GEORG BAUER, Humorist

Salonkapelle Werner - Valero Am Flügel: J. Rakler

Wer Brillanten, Perlen

günstig verkaufen will, wende

sich lieblich unter I. 884 an Ma-Hausenstein & Vogler, Dresden. (10)

Amtlicher Teil.

für eine Rilobose:

bei Corned beef 10,10 M.,
bei Büchsenfleisch 10,15 M.,
bei Büchsenblutwurst 6,70 M.,
bei Büchsenleberwurst 7,75 M.

Abschnitt 7 der Lungentransfektarte wird in dieser Woche mit

250 Gramm Butter oder Margarine

beliefert.

Der Abschlagspreis an die Verbraucher beträgt für:

Butter in den Marktgemeinden 13,60 M. für das Pfund, Butter in den Landgemeinden 13,48 M. für das Pfund, Margarine in den Marktgemeinden 8,80 M. f. d. Pfund, Margarine in den Landgemeinden 8,68 M. für das Pfund.

Dresden-Neustadt, den 17. März 1920. (1105)

Die Amtshauptmannschaft.

von Kartoffellieferungen auf Abschnitt C in der nächsten angeführten Reihenfolge entgegengenommen:

1. und 4. Bezirk, Freitag, den 19. März,

2. Bezirk, Sonnabend, den 20. März,

3. Bezirk, Montag, den 22. März,

5. Bezirk, Dienstag, den 23. März.

Um unnötigen Andrang zu vermeiden, empfiehlt es sich, oben angeführte Zeiten streng einzuhalten.

Es ist fernerhin zu beachten, daß im Interesse einer beschleunigten Abfertigung bei der Entgegennahme des G-Markabschnitts sämtliche Landeskartoffelkarten mit Namen und Straße zu verleben sind.

Neben dem Zeitpunkt der Belieferung selbst kann gegenwärtig noch nichts Näheres bekanntgegeben werden, jedoch wird seitens der Gemeinde das Möglichste geschehen, um die erforderlichen Mengen zu beschaffen. Infolge der gegenwärtigen unsicheren Lage können wir jedoch eine höhere Gewähr für die Lieferung selbst nicht übernehmen.

Es sei hier nochmals darauf hingewiesen, daß der G-Markabschnitt bei Belieferung mit einem halben Rentner innerhalb des Kreisstaates Sachsen erteilt werden soll.

Loschwitz, am 18. März 1920. (1109)

Ernährungsamt.

Weißer Hirsch. Belieferung der Landeskartoffelkarte.

Unter Ministerialverordnung in die bisherige Kartoffelration von wöchentlich 7 Pfund vom 1. März 1920 ab auf 5 Pfund herabgesetzt worden. Infolgedessen haben Erwachsene mit dem auf Abschnitt B der Landeskartoffelkarte bezogenen Rentner bis zum 12. Juni und mit dem auf Abschnitt C jetzt zur Ausgabe gekommenen halben Rentner bis zum Ende des Wirtschaftsjahrs zu rechnen. Einwohner, die von dem Rechte des Kartoffelabgangs auf den Abschnitt C keinen Gebrauch machen, wollen diesen Abschnitt C bis zum 12. Juni 1920 hier zurückgeben.

Weißer Hirsch, am 16. März 1920. (1106)

Der Gemeindevorstand.



Blasewitz. Deffensl. Schulvorstandssitzung

Freitag, den 19. März, abends 7 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses.

Tagesordnung:

- Eingänge und Mitteilungen.
- Abfrage zur Feststellung der Tagesschulden, Reisekosten usw. für die Lehrerinnen.
- Sitzung der Helene-Ölga-Ziitung.
- Ausbildung Dresdner Kinder.
- Zum Haushaltplan 1920/21, in Verbindung damit eine Einnahme des Haushaltvereins Dresden-Vand und Bereitstellung von Mitteln für den Handelslehrerunterricht, zur Ausbildungsschaffung für die Lehrerinnen und zur Anschaffung von Vermitteln.

Hierzu nichtöffentliche Sitzung.

Blasewitz, den 17. März 1920. (1103)

Dr. Walther, Vorsitzender.

Loschwitz. Anmeldung von Abschnitt C der Landeskartoffelkarte.

Im Ernährungsamt Grundlage 3 werden von kleinen Einwohnern ab Freitag, den 19. März, bis einschließlich Dienstag, den 23. März, täglich von 10 bis 2 Uhr, Bezeichnungen

zu überbringen.

Empfiehlt sich für Fuhrwerke aller Art.

Hochzeits- u. Zugfuhrwerke.

Asche- u. Kohlenfuhrten, sowie

Möbeltransporte usw.

Güter- u. An- und Abfuhr

zu billigsten Preisen.

Fuhrgeschäft

Arno Voigt,
Dresden-Blasewitz,
Voithauer Straße 23.
Herrnr. 31166

Wer hat zu verkaufen

8-10 Mattglascheiben

36x44,5 cm oder größer. Ggf. Angebote mit Preis unter M. B. an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Metalle

Kauf zu höchsten Tagespreisen

Bernhard Graf, Dresden, Villenstr. 3, L. Herrnr. 17229. (111)

81

Einbruchs-

stabile Alarm-Anlagen, D. R. P. s.

Elektrische Licht- und Kraft-Anlagen

Einrichtung ganzer landwirtschaftlicher Betriebe, sowie Stadt- u. Landgemeinden

vom Einfachsten bis zum Feinsten führen aus:

Ing. Gärtner & Gnauk, Großröhrsdorf/Sa.

Zweigbüro Dresden-A., Elisenstr. 70.

Großröhrsdorf Herrnr. 40. Dresden Ferspr. 17257.

Ingenieurbesuche und Anschläge kostenlos!

Enten-Bruteier Junger Beamter sucht für 1.4.1920

gutmöbliertes Zimmer

in Böhmen. Offerten unter 717

Geschäftsstelle dieses Blattes. (111)

Kleine Anzeigen

Jedes Wort kostet 20 Pfennige

Stellen-Angebote

Wiederholung täglich 2 So.
f. 2 Verl. gefügt. Blätter,
Baumschulenstr. 13, Gd. (118)

Wähnisse

Nähmaschine wenn auch etwas
schadhaft, und ein Ruder-
wagen mit Rummel zu kaufen
gesucht. Göbel, Dresden, Baum-
grabenstraße 16, L. (118)

Gin Kinderwagen ob. Klapp-
liegewagen zu kaufen gesucht.
Grafe, Dresden, Schloßgasse 12.
718

Bekünfe

3 u. verkaufen: Ober-
maschinenwisch, Fensterputz,
Aufwisch, Putzgeräte, Kommode mit Schrank, einfaches
Bettpfostenset elektr. Klavier- und
Flutlampe u. Wien 200 Volt.
Kreisring von 1 Uhr ab d. Möller,
Wachwitz, am Königsberg 6.
714

Verkaufe guter Bildstock,
300 M. Böhlau,